

HUNDE In Grossaffoltern haben drei Huskys ein Schaf lebensgefährlich verletzt. Ein Fall für den Tierarzt, die Polizei und die Gerichte. Seite 23

BERN

PLATZNOT In Köniz ist der Schulraum zum Teil so knapp, dass Arbeiten im Gang erledigt werden – der Missstand soll behoben werden. Seite 23

Grosser Rat für Zwangsfusionen

In speziellen Fällen möchte der Grosse Rat **Gemeindefusionen** auch gegen den Willen kleiner Gemeinden durchsetzen

Nur die SVP widersetzte sich, teilweise unterstützt von den bernjurassischen Autonomisten. Eine überwiegende Grossratsmehrheit aber möchte die Bestandesgarantie lockern und Kleingemeinden zum Zusammenschluss zwingen können.

STEFAN WYLER

Mehrere Tage lang hat der Berner Grosse Rat nun den Regierungsbericht über den Finanz- und Lastenausgleich zwischen den Gemeinden beraten – und die Grossräte waren sich in vielem einig. Es gelte das System zu verbessern, Fehlansätze zu beseitigen, die Eigenverantwortung der Gemeinden zu stärken. Ein letzter Diskussionspunkt aber sorgte gestern noch einmal für eine kontroverse Debatte – auch wenn deren Ausgang rasch klar war.

Es ging um die heikle Frage, ob Gemeinden notfalls auch gegen ihren Willen gezwungen werden können, eine Gemeindefusion einzugehen. Heute werden Fusionen zwar mit dem Fusionsgesetz gefördert und subventioniert (siehe Kasten), eine Zwangsfusion aber ist unmöglich. Die Kantonsverfassung gibt den Gemeinden eine Bestandesgarantie und statuiert: «Die Aufhebung einer Gemeinde bedarf ihrer Zustimmung.»

Wenn Mehrheiten zustimmen

Die vorberatende Grossratskommission schlug nun dem Parlament eine Planungserklärung vor, mit der sie die Tür zur Abschaffung dieser Bestandesgarantie öffnet.

• Der Grosse Rat, so möchte es die Kommission, solle eine Fusion mit mehr als zwei Gemeinden «auch gegen den Willen einer einzelnen Gemeinde anordnen» können, wenn die Mehrheit der Gemeinden und Stimmberechtigten zustimmt. (Paradebeispiel für die Forderung ist die 2008 gescheiterte Fusion im bernjurassischen Bas-Vallon: Eine grosse Mehrheit der Gesamtbevölkerung und vier Gemeinden sagten damals Ja, zwei Gemeinden aber stimmten Nein).

• Der Grosse Rat soll zweitens eine Fusion auch anordnen können, «wenn eine Gemeinde allein nicht überlebensfähig ist».

• Finanzausgleichszahlungen sollen zudem gestrichen werden können, wenn eine Gemeinde eine



Widersacher im Gemeindefusionsstreit: **Bernhard Antener** (sp, links), **Peter Brand** (svp, rechts).



BEAT SCHWEIZER

Fusion nicht prüft oder ablehnt, obwohl sie dadurch ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hätte verbessern können.

«Ein bisschen Druck»

SP, FDP, BDP, Grüne und EVP warben für die Planungserklärung. In Sachen Gemeindefusionen passiere heute zu wenig. Es gehe nun darum, «ein bisschen mehr Druck aufzusetzen», erklärten sie. Der Kommissionspräsident und Gemeindepräsident von Langnau, Bernhard Antener (sp), versuchte die Skeptiker zu beschwichtigen: Man stehe erst am Anfang eines Prozesses, am Ende brauche es eine Verfassungsänderung, bevor die Bestandesgarantie falle. Und: Er rede nicht gerne von «Zwangsfusionen», sagte Antener. Hier gehe es eher darum, «ein Korrektiv» zu schaffen, damit beispielsweise eine «sinnvolle» Fusion von fünf Gemeinden nicht am Widerstand einer einzigen scheitern könne.

FDP-Sprecherin Susanne Bommeli (Bremgarten) betonte, es sei keineswegs undemokratisch, gegen den Willen einer Gemeinde eine Fusion durchzusetzen, wenn eine Mehrheit der Stimmberechtigten und eine Mehrheit

der Gemeinden die Fusion genehmigt habe. Auch der Regierungsrat befürwortete die Planungserklärung: Es gehe nicht um «Fusionserzwingung im grossen Stil», sagte Finanzdirektor Urs Gasche (bdp), es

gehe nur darum, korrigieren zu können, wenn eine kleine Minderheit eine sinnvolle Fusion blockiere.

Das sah die SVP anders: Es stimme überhaupt nicht, dass im Bereich Gemeindefusion im Kanton

Bern nichts laufe, erklärte Fraktionschef Peter Brand (Münchenbuchsee). Projekte mit über 100 Gemeinden würden derzeit verfolgt. «Es braucht keinen Zwang», sagte Brand. Das Anreizsystem des Fusionsgesetzes sei genügend. Und: Aus Sicht der betroffenen Gemeinde, die gegen ihre Willensäußerung zur Fusion gezwungen werde, sei eine Zwangsfusion halt doch undemokratisch – auch wenn eine Mehrheit der Gemeinden und Stimmberechtigten zustimme.

Autonomistische Bedenken

Die jurassischen Autonomisten wehrten sich nur gegen den ersten Punkt der Erklärung: Wenn Gemeinden befürchten müssten, später zur Fusion gezwungen zu werden, würden sie sich weniger leicht auf Fusionsprojekte einlassen, warnte Maxime Zuber (psa), der Stadtpräsident von Moutier.

Der Grosse Rat aber überwies die Planungserklärung mit 109 gegen 37 Stimmen. Nur SVP, EDU und Autonomisten stimmten Nein. Die Regierung muss nun eine Verfassungsänderung ausarbeiten. Und über diese wird am Ende das Volk abstimmen.

24 Fusionsprojekte

Der Kanton Bern zählt derzeit noch 392 Gemeinden, 207 Gemeinden weisen weniger als 1000 Einwohner auf. Im interkantonalen Vergleich ist Bern ein Kanton mit sehr vielen Gemeinden und mit sehr vielen kleinen Gemeinden – eine ähnlich kleinräumige Gemeindefusion hat nur noch der Kanton Waadt (375 Gemeinden, 277 Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern).

2003 verkündete der damalige Justizdirektor Werner Luginbühl das ehrgeizige Ziel, die Zahl der Gemeinden im Kanton Bern von damals 400 auf 300 zu senken. Der Grosse Rat verabschiedete in der Folge ein Gemeindefusionsgesetz, das finanzielle

Anreize für Fusionen schafft. Seit 2004 haben sieben Gemeindefusionen stattgefunden, vom Ziel von 300 Gemeinden aber ist man noch weit entfernt.

Ein Tabuthema jedoch sind Gemeindefusionen nicht mehr. Zwei weitere Fusionen sind bereits beschlossen: 2010 werden sich Aeschlen und Oberdiessbach zusammenschliessen, ebenso Jegenstorf und Ballmoos. An weiteren 24 Fusionsprojekten mit 109 involvierten Gemeinden wird gearbeitet. Darunter befinden sich fünf Grossprojekte mit über 10 beteiligten Gemeinden – etwa im Zulgtal, im Thuner Westamt, in den Regionen Moutier und Tramelan und im Amt Büren. (sw)

ZUR SACHE:



Gemeindenspezialist **Andreas Ladner** ist Professor am Institut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) in Lausanne.

«Zwang bringt nicht viel»

«**BUND**»: Der Kanton Bern will die Zahl der Gemeinden bis ins Jahr 2017 von heute 392 auf 300 senken. Mit finanziellen Anreizen gelingt das offenbar nicht. Führt der Weg über Zwangsfusionen zum Ziel?

ANDREAS LADNER: Nein, Zwang bringt nicht viel. Dabei wird so viel Geschirr zerschlagen, dass es zu lange dauert, bis alles wieder gekittet ist und Kanton und Gemeinden wieder partnerschaftlich zusammenarbeiten können.

Welche Wege führen denn zum Ziel?

Bisher wurde mit dem Finanz- und Lastenausgleich Struktur- und Lastenausgleich Struktur- und Lastenausgleich auf Kosten der finanzstarken Gemeinden betrieben. Wenn man Fusionen fördern will, muss man hier ansetzen.

Früher war es kaum vorstellbar, eine Gemeinde zur Aufgabe ihrer Autonomie zu zwingen. Warum ist das heute kein Tabu mehr?

Es hat ein Umdenken stattgefunden. Die Kantone stehen heute in einem Wettbewerbsverhältnis zueinander und versuchen, ihre Strukturen effizienter zu gestalten, um die Zentren als Wirtschaftsmotoren stärken zu können.

Gab es in der Schweiz bereits Zwangsfusionen von Gemeinden?

Ja, das hat es zum Beispiel im Thurgau und im Tessin gegeben. Meist bei grösseren Fusionsprojekten, bei denen sich einzelne Gemeinden quergestellt haben.

Kein Kanton zählt mehr Gemeinden als Bern und abgesehen von der Waadt hat auch kein Kanton mehr Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern. Wie beurteilen Sie diese Gemeindenstruktur?

Es ist eigentlich schön, wenn die Entscheide so nahe bei der Bevölkerung fallen. Solche Strukturen können aber schwerfällig sein. Der Kanton Bern muss sich fragen, ob er sich das noch leisten kann. Man sollte beginnen, in grösseren Dimensionen zu denken. Es bringt nicht viel, zwei Minigemeinden zu einer kleinen Gemeinde zusammenzuschliessen. Schliesslich sind es die starken Gemeinden, die ihre Autonomie auch leben können.

Interview: Reto Wissmann

Finanzkrise bremst Erdgas-Prospektoren

Der Start der **Erdgasbohrung im seeländischen Hermrigen** verzögert sich um mindestens ein Jahr – ein Investor hat kalte Füsse bekommen

Im Berner Seeland wird ein grösseres Erdgasvorkommen vermutet. Diesen Winter hätte mit der Bohrung begonnen werden sollen. Nun ist aber der britische Risikokapitalgeber ausgestiegen.

RETO WISSMANN

Patrick Lahusen ist ein Mann mit viel Geduld. Seit über 20 Jahren sucht er in der Schweiz nach Erdgas- und Erdöl. In der ganzen Zeit ist er aber noch nie auf ein rentables Vorkommen gestossen. Aufgegeben hat der Mehrheitsaktionär der Aktiengesellschaft für Schweizerisches Erdöl (Seag) trotzdem nicht. Geduld braucht Lahusen auch dieser Tage

wieder. Nach zweijähriger Vorbereitungszeit muss er den Bohrstart im Berner Seeland erneut verschieben. «Einer der drei Partner ist wegen der Finanzkrise ausgestiegen», sagt Lahusen dem «Bund». Zusammen mit den britischen Firmen Ascent Resources und Leni Oil & Gas wollte die Seag diesen Winter in Hermrigen nach Erdgas bohren. Ende 2008 hätte der Bohrturm montiert werden sollen um in 2500 Metern Tiefe das vermutete Vorkommen anzuzapfen.

Nun ist aber die Leni Oil & Gas abgesprungen. Sie hätte dem Projekt das nötige Risikokapital zur Verfügung stellen sollen. Wie viel Geld nun fehlt, wollte Lahusen nicht konkretisieren. Nur so viel: Die Gesamtkosten seien derzeit mit zwölf Millionen Franken budgetiert. Bisher war jeweils von zehn

Millionen die Rede gewesen. Ob schon bereits vor 25 Jahren eine Probebohrung durchgeführt worden war, ist auch unklar, wie viel Gas zu erwarten ist. Lahusens optimistischste Schätzung geht von 5 bis 15 Milliarden Kubikmetern aus, was

einen Ertrag von 150 bis 450 Millionen Franken bringen würde.

Start frühestens im September

Mit dem Absprung der Leni Oil ist das Projekt in Hermrigen nun aber nicht gestorben. Er habe be-

reits den Entwurf eines Zusammenarbeitsvertrags mit einem neuen Partner auf dem Tisch, sagt Lahusen. Um wen es sich handelt, wolle er noch nicht bekannt geben. Die Buchung für den Bohrturm, den eine italienische Firma liefert,

hat er auf September verschoben. Bis dahin muss Lahusen aber nicht nur einen neuen Geldgeber finden, sondern auch die Erschliessungsbewilligung beim Kanton einholen.

Das Gesuch könne er erst einreichen, wenn die definitiven Partner bekannt seien. Danach muss der Kanton in einem umfangreichen Verfahren klären, ob alle Vorschriften bezüglich Abgasen, Lärm, Sicherheit, Verkehr oder Grundwasserschutz eingehalten werden. Doch wie gesagt, Lahusen ist ein Mann mit viel Geduld. An Verzögerungen ist er im Öl- und Gasgeschäft gewöhnt. In solchen Fällen tröstet er sich mit der Gewissheit: «Es hat fünf Millionen Jahre gedauert, bis sich Öl und Gas gebildet hatten. Da können wir auch noch ein Jahr warten, bis wir es fördern.»

Zweiter Versuch im Seeland

1982 wurde bei Hermrigen, einem kleinen Bauerndorf zwischen Biel und Aarberg, bereits einmal gebohrt. Damals suchte die Seag (siehe Haupttext) zusammen mit Elf Aquitaine nach Erdöl, für Erdgas gab es noch kaum Verwendung. Das Projekt hatte jedoch mit technischen

Problemen zu kämpfen und die Bohrung erreichte nie ihr Ziel. Es konnten aber grössere Erdgasvorkommen nachgewiesen werden, deren Erschliessung heute wirtschaftlich interessant sein könnte. Laut der Seag haben Untersuchungen im Jahr 2006 diesen Befund bestätigt. Während die

Bohrung Hermrigen 1 jedoch lediglich bis in 2425 Meter Tiefe vordrang, soll jetzt 3000 Meter tief gebohrt werden. Bisher wurde in der Schweiz lediglich in Finsterwald im Entlebuch Erdgas in kommerziell nutzbarer Menge gefunden. Der Ertrag blieb jedoch unter den Aufwand. (rw)